

Landesrat Kunschak über die Lage der Kriegs- gefangenen und Invaliden.

Große Wählerversammlung im Baumgartner Kasino.

Montag, den 10. Februar, fand im Baumgartner Kasino unter dem Vorsitz des Stadtrates Vaugoin eine massenhafte besuchte Wählerversammlung statt.

Landesrat Kunschak (mit großem Beifall begrüßt) sprach am Eingang seiner Rede von dem Eindruck, welchen die Ereignisse des letzten Sonntags zurücklassen müssen. „Traurig weit ist es gekommen“, sagte Redner, „wenn die Sozialdemokraten glauben, nicht einmal mehr die Heiligkeit des Gotteshauses schonen zu müssen, sondern daselbe auf das Niveau eines Wirtshauses stellen.“ Und zum rohen Ueberfall auf den immer so ruhigen Staatsrat Willas bemerkte er: „Mögen die Gegner auch an die brutale Gewalt appellieren, das christliche deutsche Volk wird sich dadurch nicht einschüchtern lassen, sondern sich erst recht veranlaßt fühlen, am Wahltag seine Pflicht zu erfüllen! (Lebhafte Zustimmung.) Aber schon der Hinweis auf diese Ereignisse zeigt Ihnen, daß es um einen wilden, leidenschaftlichen Kampf geht, gegen unsere heilige Ueberzeugung, gegen die Wahrheiten der christlichen Religion, und daß man, von Wahnsinn geblendet, Sturm zu laufen versucht gegen das christliche Sittengesetz, welches doch allein geeignet ist, die bürgerliche Ordnung zu sichern und zu festigen und jedem Staatsbürger den ruhigen Genuß der Früchte ehrllicher Arbeit zu gewährleisten. Und wenn an die brutale Gewalt appelliert wird, sagt uns das deutlich, daß die Gegner selbst ihre Sache nicht mehr mit den Argumenten des Geistes, sondern nur mit der Faust retten zu können glauben. Es geht um große und gewaltige Fragen. In einer großen Versammlung von Angehörigen Kriegsgefangener wurde gestern der Klageruf nach englischer Befreiung der noch in sibirischer Gefangenschaft Schmachenden erhoben. Auf dem Wege, den der Staatssekretär des Neuzern vorgezeichnet hat, werden diese Ärmsten aber nicht befreit werden. Es wird eine hohe Aufgabe der christlichsozialen Partei sein — und sie ist bereits darangegangen, sie zu lösen — selbständig Verbindung zu suchen mit Vertretern des feindlichen Auslandes, um an das Menschlichkeitsgefühl zu appellieren. Es ist doch bezeichnend für die große Ohnmacht der Sozialdemokraten, daß die Herren Bauer und Deutsch gegenüber der italienischen Regierung bisher gar nichts erreichen konnten, daß es aber dem einfachen Abgeordneten Rienzl gelungen ist, wenigstens die Befreiung aller Tiroler aus der italienischen Gefangenschaft durchzusetzen.“ (Laute Hör- und Bravorufel)

In weiterer Folge sprach der Redner die besondere Notwendigkeit der Fürsorge für die Kriegsinvaliden und deren Witwen und Waisen, die mindestens gleichen Anspruch auf Unterstützung hätten, wie die übrigen Arbeitslosen, von denen viele während des Krieges ohne persönliche Gefahr für ihr Leben und gegen hohe Löhne im Hinterland arbeiten durften. Unsere ganze Produktion muß gehoben und Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Die christlichsoziale Partei hat auch jetzt wieder gezeigt, wie man das macht. Das vom Bürgermeister aufgestellte große Investitionsprogramm vergibt für 75 Millionen Kronen Arbeit auf Rechnung der Stadt Wien, um wieder eine Gesundung des Wirtschaftslebens in Gang zu bringen. (Lebhafte Beifall.)

Eine wirkliche Hebung der Wirtschaftslage ist aber nur möglich, wenn Deutschösterreich aus seiner gegenwärtigen politischen und ökonomischen Isolierung herausgebracht wird. Mit Freude ist daher der Gedanke an den Zusammenschluß mit Deutschland zu begrüßen. Nur müssen zum Schutze unseres viel schwächeren Deutschösterreich erst einige Vorfragen der wirtschaftlichen Existenz dieses Staatswesens gelöst wer-

den. Es ist zu begrüßen, daß auch der Staatssekretär des Neuzern in neuester Zeit darauf verwiesen hat, daß Deutschland wenigstens für die Uebergangszeit dem sich anschließenden Deutschösterreich gewisse Garantien für seine Lebensmöglichkeit geben muß. Auch darf der Anschluß an Deutschland uns nicht hindern, auch mit den übrigen Nachbarstaaten in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Und darüber hinaus muß unser Blick auch auf die Donauländer überhaupt bis ans Schwarze Meer reichen. Der Donaumeg und die Donaumündungen müssen internationalisiert werden.

Die christlichsoziale Partei wird in der neuen Nationalversammlung ihre Pflicht als Partei ehrllicher Arbeit und sozialer Gerechtigkeit erfüllen. Jetzt, wo es doch alle Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen gilt, wirft das Judentum die Brandsfadel des Kulturkampfes in das christliche Volk. Die Christen sollen sich die Köpfe einschlagen, damit die Juden ihre Wuchergewinne in Ruhe genießen können. Wir wollen aber die junge Republik vor dem Schicksal bewahren, vom jüdischen Geiste ebenso zerstört und zugrunde gerichtet zu werden, wie die alte Monarchie! In diesem Sinne bitte ich Sie, unausgesetzt zu arbeiten. Werben Sie von Haus zu Haus, von Tür zu Tür, und wählen Sie am 16. Februar christlichsozial, die Partei der bürgerlichen Ordnung, der ehrllichen Arbeit und der wahren Freiheit unseres geliebten christlich-deutschen Volkes! (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Hierauf sprachen noch Gemeinderätin Dr. Burjan, Dr. Kemala und Dr. Marounel. Besonderen Eindruck machte es, wie Frau Dr. Burjan mitteilte, daß jetzt die Sozialdemokraten im Lainzer Versorgungshaus Flugblätter verteilen lassen, welche die Meinung wecken müßten, daß die Sozialdemokraten sogar gute Christen wären. Aber von den christlichgesinnten Arbeiterinnen kann man doch täglich hören, welchen Leidensweg sie durchmachen müssen, wenn sie ein einfaches Medaillon tragen, das ihre Ueberzeugung verrät!